

INHALTSVERZEICHNIS

I.	
Eine Vertrauenskrise wird unübersehbar	7
2.	
Die vertrackte menschliche Wahrnehmung	25
3.	
Die Suppe wird dünner	39
4.	
Journalismus als «Index» der politischen Debatte	57
5.	
Die Milieus der Mainstream-Macher	71
6.	
Embedded in Eliten-Netzwerken	85
7.	
Die Verantwortungsverschwörung	105
8.	
Es geht ums Ganze	129
Quellennachweise	145

I.
EINE VERTRAUENSKRISE WIRD
UNÜBERSEHBAR

Bei Ehepaaren genügt manchmal die offene Zahnpastatube, um tief unter der Oberfläche schwelende Konflikte aufbrechen zu lassen. In der Beziehung zwischen den großen deutschen Medien und ihrem Publikum war es der Sturz eines Präsidenten in einem osteuropäischen Land und die anschließende Annexion einer Halbinsel. Was im Frühjahr 2014 mit massivem Ärger über eine als unausgewogen empfundene Ukraine-Berichterstattung und ein zu negatives Russland-Bild begann, schwoll zu einer Fundamentalkritik an, die mit den Schlagworten «Mainstream-Medien», «Gleichschaltung», «Systemmedien» und «Lügenpresse» umrissen werden kann und die in ganz unterschiedlichen politischen Lagern und Milieus geteilt wird.

Umsturz in der Ukraine als Katalysator

Was war passiert? Von November 2013 bis Februar 2014 demonstrierten auf dem Maidan in Kiew hunderttausende prowestlich eingestellte Ukrainer gegen das kleptokratische Regime von Präsident Wiktor Janukowitsch, nachdem dieser einem geplanten Assoziierungsabkommen mit der EU überraschend eine Absage erteilt hatte. Die anfangs fried-

lichen Proteste schlugen in schwere Straßenschlachten um, am 20. Februar starben Dutzende Maidan-Demonstranten im Kugelhagel unbekannter Scharfschützen. Zwar unterzeichneten Regierung und Opposition unter Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens einen Vertrag, der die Situation in ruhigeres Fahrwasser bringen sollte – doch dieser wurde schnell hinfällig: Teile der Opposition erkannten die Vereinbarung nicht an, Janukowitsch floh außer Landes, und die Eliten der Euro-maidan-Bewegung übernahmen die Macht im Staat. Kurz darauf kam es auf der Halbinsel Krim und in der Ostukraine zu Protesten gegen die neue pro-westliche Regierung, und auf der Krim tauchten alsbald uniformierte Bewaffnete ohne Hoheitsabzeichen auf. Diese russischen Soldaten übernahmen die Kontrolle über die Halbinsel und bereiteten ein Referendum vor, das die Krim – 1954 vom KPdSU-Parteichef Nikita Chruschtschow innerhalb der Sowjetunion von der russländischen Teilrepublik an die ukrainische Teilrepublik verschenkt – «zurück nach Russland» holte.

Ein faschistischer Putsch sei das in der Ukraine gewesen, von Amerika gesteuert, so die Propaganda aus Moskau. Man habe die ethnischen Russen auf der Krim vor dem neuen Regime schützen und ihr Recht auf Selbstbestimmung durchsetzen müssen. Eine demokratische Revolution sei das in der Ukraine gewesen, urteilten dagegen die Leitartikler der deutschen Leitmedien; und der Anschluss der Krim eine völkerrechtswidrige Annexion, die mit harten Sanktionen gegen Russland beantwortet werden müsse. Eine Deutung, gegen die tausende deutsche Leser, Hörer, Zuschauer und Internetnutzer Sturm liefen. Im März 2014, dem Monat der Krim-Krise, begann es,

dass binnen Minuten hunderte kritische Leserkommentare unter Online-Artikeln auf sueddeutsche.de, Spiegel Online oder Zeit Online erschienen, in der die Deutungsmuster der Beiträge in Frage gestellt, auf alternative Informationsquellen verwiesen und die Autoren beschimpft wurden. Viele Kommentatoren schrieben, sie hätten den jeweiligen Artikel gar nicht zu Ende gelesen, sondern seien gleich zu den Nutzerkommentaren gesprungen, denn dort hätten sie mehr erfahren.

«Ich protestiere hiermit aufs Schärfste gegen Ihre einseitigen Berichte zur Krim-Krise», schrieb ein Hörer dem öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk, und ein anderer: «Wer täglich dem ›Stahlhelmsender‹ lauscht, also der Kampagne des Deutschlandfunk gegen Russland, die die Öffentlichkeit stramm auf NATO-Kurs halten sollen, dann bekommt man schon Angst um unsere Sicherheit und den Frieden in Europa. Vielleicht sollte ein vom deutschen Bürger finanzierter Staatssender sich doch weniger der Eskalation von politischen Krisen widmen.»¹ Ein Nutzer von tagesschau.de fragte, warum die Abstimmung auf der Krim illegal sein solle, aber die Absetzung Wiktor Janukowitschs nicht: «Diese ekelhafte Doppelmoral, unterstützt durch die Systempresse, ekelt mich an.» «Was soll dieses hartnäckige Propagandageschwurbel», wurde bei faz.net ein Autor angegangen, denn in seinem Artikel unterschlage er «gewollt wichtige Details und ganze Sinnzusammenhänge».²

Wesentliche Fakten unterschlagen

Tatsächlich hat der deutsche Medien-Mainstream in der Ukraine-Frage nicht nur ein sehr enges Meinungsbild präsentiert. Es gab auch eine Reihe von Falschinformationen, falschen Bebilderungen³ und vernachlässigten Fakten, die alle in dasselbe Muster passten: Sie nutzten der Maidan-Bewegung und gingen zu Lasten der prorussischen Fraktion. Einige Beispiele für Themenaspekte, die weitgehend unter den Tisch fielen:

1.) Der Regierungswechsel in Kiew war verfassungsrechtlich tatsächlich ein Staatsstreich, ein Putsch – Janukowitsch war durch eine einfache Abstimmung im Parlament abgewählt worden, hätte aber eigentlich durch ein Amtsenthebungsverfahren abgesetzt werden müssen.⁴ Spiegel Online hat das gequält eingeräumt, mit einer zweifachen Distanzierung von diesem Argument von Russlands Präsident Wladimir Putin («Rein juristisch» hat Putin recht)⁵, aber es spielte keine Rolle in der weiteren Berichterstattung.

2.) Am Erfolg der Euromaidan-Protteste waren tatsächlich militante Radikal-Nationalisten und Rechtsextreme maßgeblich beteiligt, nämlich die Partei Swoboda und der paramilitärische Rechte Sektor. Swoboda, die auch vor Waffen-SS-Nostalgie und öffentlicher Gewalt nicht zurückschreckte, bekam Ministerposten in der Übergangsregierung, auch dem Chef des Rechten Sektors wurden verschiedene Posten angeboten.⁶

3.) Die Euromaidan-Spitzen wurden vor, während und nach den Protesten massiv vom Westen unterstützt. So taten sich der US-Senator John McCain, die US-Vize-Au-

ßenministerin für Europa Victoria Nuland und Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle als Redner auf dem Maidan hervor und unterstützten die Demonstranten gegen ihren – immerhin demokratisch gewählten – Präsidenten. Vitali Klitschko und seine Partei Udar erfreuten sich der Unterstützung von Angela Merkel, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Europäischen Volkspartei.⁷ Aus Steuermitteln der USA kamen seit 1991 über 5 Milliarden US-Dollar für die Demokratisierung der Ukraine, wie Victoria Nuland vom US-Außenministerium auf einer Konferenz erklärte;⁸ und in einem Telefonat mit dem US-Botschafter in Kiew während der Maidan-Krise machte sie deutlich, dass Washington sehr genaue Vorstellungen von der politischen Zukunft der Ukraine hatte. Auch wer in die Regierung gehen solle: nicht Klitschko, der Favorit der EU, sondern Jazenjuk.⁹ Und Premierminister wurde tatsächlich Jazenjuk. Dieser pflegte schon länger gute Beziehungen zur Nato und den USA: Über seine Stiftung «Open Ukraine – Arsenij Jazenjuk Foundation» verteilt er seit 2007 unter anderem Gelder vom US-Außenministerium, der Nato und dem German Marshall Fund of the United States.¹⁰ Bereits beim vorangegangenen Regimewechsel in der Ukraine, der Orangen Revolution von 2004, wurde der pro-westliche Kandidat Wiktor Juschtschenko mit Millionen Dollar US-Steuergeldern unterstützt, die über die Stiftungen National Endowment for Democracy, National Democratic Institute und International Republican Institute flossen; damals wurde in Kiew kofferweise Bargeld aus den USA zur Unterstützung der Opposition angeliefert, wie der Spiegel enthüllte.¹¹ Die emeritierte Politik-Professorin Mária Huber, ehemalige Moskau-Korrespondentin der Zeit, urteilt über die amerikanischen

Bemühungen des Demokratie-Exports in die Ukraine, es gehe grundsätzlich um Geopolitik und Einflusszonen, vor allem um die Eindämmung Russlands. Fortschritte in der Demokratisierung seien bestenfalls ein Kollateralnutzen: «Demokratieförderung ist das billigste Instrument, um den amerikanischen Einfluss auszuweiten.»¹²

4.) Wer für die Scharfschützenmorde auf dem Maidan vom 20. Februar 2014 verantwortlich ist, die dem Sturz von Janukowitsch unmittelbar vorausgingen, wurde nicht geklärt. Deutsche Medien übernahmen größtenteils die Interpretation der Euromaidan-Spitzen, Janukowitschs Sicherheitsleute hätten die Morde auf dessen direkten Befehl verübt. Recherchen von Journalisten (u. a. des ARD-Politikmagazins Monitor¹³) und eines Politikwissenschaftlers¹⁴ ergaben jedoch, dass die meisten Schüsse von Gebäuden abgegeben wurden, die zur fraglichen Zeit in der Hand des Rechten Sektors waren – Ergebnisse, die in die mediale Diskussion nicht eingingen.

5.) Erstaunlich wenig Interesse zeigten die deutschen Medien auch an einem grausamen Gewaltexzess in der südukrainischen Hafenstadt Odessa, das auf das Konto von militanten Maidan-Anhängern ging. Mindestens 46 pro-russische Aktivisten kamen am 2. Mai 2014 im und vor dem brennenden Gewerkschaftshaus der Stadt ums Leben: Sie verbrannten, starben beim Sprung aus den Fenstern oder wurden totgeschlagen. Das Ereignis selbst wurde von vielen Medien ignoriert, und die Frage, wer die Opfer und wer die Täter waren, ließ man oftmals unter den Tisch fallen.¹⁵

Die Liste ließe sich problemlos verlängern: mit dem Absturz von Flug MH-17 und den voreiligen Schuldzuweisungen (u. a. mit dem Spiegel-Cover «Stopp Putin jetzt!»);¹⁶

mit der Festnahme von Bundeswehroffizieren, die tagelang fälschlich als «OSZE-Militärbeobachter» deklariert wurden, obwohl die OSZE sofort klargestellt hatte, dass die Männer nicht zur OSZE-Mission gehörten;¹⁷ oder mit der Falschmeldung in ARD und ZDF, zwei Einwohner in der ostukrainischen Kleinstadt Krasnoarmeysk seien durch Kugeln von Separatisten gestorben.¹⁸ Nach einigen Monaten medialer Einseitigkeiten kam sogar der politisch in dieser Frage völlig unverdächtige Medienkritiker Stefan Niggemeier ins Grübeln. Er glaube zwar nicht, «dass viele deutsche Journalisten in irgendeinem engeren oder weiteren Sinne gekauft sind. Ich glaube aber, dass sie nicht unvoreingenommen sind. Dass die Berichterstattung tatsächlich, vermutlich oft unterschwellig und unbewusst, geprägt ist von einer klaren Überzeugung, dass es hier eine gute Seite und eine böse Seite gibt. Dass man den Aussagen der einen Seite prinzipiell glauben kann, bis das Gegenteil erwiesen ist, und den Aussagen der anderen Seite prinzipiell nicht glauben kann, bis das Gegenteil erwiesen ist.»¹⁹

Dies alles heißt nicht, dass das vom Kreml gezeichnete umgekehrte Bild der ukrainischen Ereignisse der Wahrheit entspräche. Wohl aber hätte das von den deutschen Leitmedien gezeichnete Schwarz-Weiß-Bild dringend einiger Grautöne bedurft. Man stelle sich vor, all diese Informationen, deren Überbringer gern als «Putin-Versteher», wenn nicht gar «Verschwörungstheoretiker» diffamiert wurden, wären Anfang 2014 in die Medienberichterstattung eingeflossen: Die Geschichte von der ukrainischen Revolution wäre weit weniger eindeutig gewesen und hätte weniger Potenzial zur Empörung geboten.

Man merkt die Absicht und ist verstimmt

Ein Teil des Publikums reagierte allerdings nicht mit Empörung über Putin, sondern mit Empörung über die Medien – ganz gemäß dem Bonmot von Kurt Tucholsky: «Man merkt die Absicht und ist verstimmt.» Auch der Programmbeirat der ARD übte Kritik. In einem internen «Resümee zur Ukraine-Berichterstattung» vom Juni 2014, das an das alternative Nachrichtenportal Telepolis durchgestochen wurde, schrieb er, «dass die Berichterstattung im Ersten über die Krise in der Ukraine teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt hat und tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen gerichtet war». Engagement und Einsatz der Reporter/innen vor Ort seien anzuerkennen, jedoch seien «wichtige und wesentliche Aspekte nicht oder nur unzureichend beleuchtet worden, obwohl sie für ein Urteil über die Situation essenziell gewesen wären».²⁰ Der ARD-Chefredakteur Thomas Baumann wies die Kritik «energisch zurück» und verwies auf «zahlreiche Beiträge, Sendungen und Sondersendungen im Ersten Programm, die in der Summe die Lage in der Ukraine und die Ursachen der Krise differenziert und unter verschiedenen Aspekten thematisiert haben».²¹ Nur scheint genau das das Wesen des Mainstreams in einer demokratischen Mediengesellschaft zu sein: dass kritische Perspektiven und abweichende Meinungen durchaus einmal vorkommen, aber keinen Einfluss auf die Folgeberichterstattung und die von Tag zu Tag fortgesetzte Erzählung der Geschehnisse in den Hauptnachrichtensendungen und großen Zeitungen haben.

Im Dezember 2014 wandten sich 63 prominente Ex-Poli-

tiker, Künstler und Intellektuelle, darunter Roman Herzog, Gerhard Schröder, Antje Vollmer und Wim Wenders, mit einem Appell unter dem Titel «Nicht in unserem Namen» gegen die westliche Ukraine-Politik und appellierten darin auch an die Medien, «ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher».²² Bezeichnend war, dass das Manifest zwar auf Zeit Online veröffentlicht wurde, aber keine TV-Nachrichtensendung aktuell darüber berichtete – trotz der geballten Prominenz, die dem Ereignis eigentlich Nachrichtenwert gegeben hätte. Die wenigen Zeitungen, die den Aufruf beachteten, verurteilten ihn fast ausnahmslos im Gleichklang mit amtierenden Politikern.

Abwehr und Verdrängung

Die kritisierten Medien reagierten mit Abwehr und Verdrängung. Viele Nutzerkommentare, auch sachliche, wurden etwa bei Spiegel Online, Zeit Online und tageschau.de gelöscht und Nutzer gesperrt. In der heißen Phase war die Kommentarfunktion von faz.net tagelang abgeschaltet. Süddeutsche.de schaffte im September 2014 die Kommentarfunktion unter Artikeln ganz ab, lagerte Diskussionen in die sozialen Netzwerke aus – und löschte dabei auch gleich alle alten Nutzerkommentare, so als ob es den ganzen Spuk nie gegeben hätte.

Beliebt war der Vorwurf von Medienschaffenden, die Kritik an der Ukraine-Berichterstattung stamme von «Putin-Trollen», vom Kreml bezahlten Agenten, die versuchten, die öffentliche Meinung im Sinne Russlands zu manipulieren. Zwar gab es in St. Petersburg erwiesener-

maßen eine «Troll-Fabrik», in denen bezahlte Social-Media-Redakteure Kreml-freundliche Positionen in die Welt setzten, jedoch offenbar vorrangig im russischsprachigen Netz.²³ Doch die Flut der empörten Leserbriefe, Nutzerkommentare, Facebook-Posts, Twitter-Tweets und Blog-Einträge ist damit nicht einmal ansatzweise zu erklären. Schließlich erlebte in den Abwehrversuchen der etablierten Publizisten gegen die «Mainstream»- und «Gleichschaltungs»-Vorwürfe der Gegenwurf «Verschwörungstheoretiker» eine wahre Blüte. Von einer «Spielwiese für Verschwörungstheoretiker» sprach Tagesschau-Chef Kai Gniffke.²⁴ Der bekannte Investigativ-Journalist Hans Leyendecker, der selbst schon manche Verschwörung aufgedeckt hat (Flick-Affäre, CDU-Parteispendenaffäre, Plutoniumschmuggel beim BND), beklagte sich in der Süddeutschen Zeitung über den «bösen Blick», den viele Leser nun auf «das Treiben der Journalisten» wüfeln und sich oft nur in ihrem Verdacht bestätigt sehen wollten, dass alle «zentral gesteuert» und «schrecklich miteinander verbunden» seien.²⁵ Als Reaktion auf die Welle der Kritik widmete Die Zeit Verschwörungstheorien im Herbst 2014 gleich eine ganze Serie («Verschwörung der Woche») und führte dort leicht zu widerlegende Extrem-Theorien ad absurdum (Vergiften uns Flugzeuge planmäßig mit ihren Kondensstreifen? Ist der IS eine Machenschaft von CIA und Mossad?), schrammte dabei aber am Kern der Sache vorbei. Während man sich auf abgedrehte Verschwörungsideologen einschoss, stieß man all jene skeptischen Nutzer vor den Kopf, die argwöhnten, die offensichtlichen Einseitigkeiten und der frappierende Gleichklang bei bestimmten Themen könne etwas mit informeller Kommunikation, Absprachen und Druck auf einer öffentlich nicht

sichtbaren politisch-medialen Hinterbühne zu tun haben – und dies ist, wie wir in einem späteren Kapitel sehen werden, wohl ein Gutteil der Lösung des Rätsels, wie in einer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie medialer Gleichklang zustande kommen kann.

Frank-Walter Steinmeier – ein Verschwörungstheoretiker?

Genau genommen rückten Leyendecker & Co. damit sogar Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in die Nähe von Verschwörungstheoretikern. Denn der bekannte in jenen Herbsttagen 2014 auf einer Medienpreis-Gala vor Journalisten und Verlagsmanagern: «Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere, habe ich das Gefühl: Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch.»²⁶

Eine Reihe weiterer namhafter Persönlichkeiten haben ähnliche Vermutungen geäußert. Julian Nida-Rümelin, ehemaliger Kulturstaatsminister unter Kanzler Schröder und heute Philosophie-Professor an der Universität München, bemängelte in der Süddeutschen Zeitung, dass wichtige Fragen zur Ukraine-Krise nicht gestellt würden und dass «die Mainstream-Berichterstattung die journalistischen Gebote der Sorgfalt und Vollständigkeit, der Distanz und der Objektivität verletzt». Seine Empfehlung: «Wer sich ein vollständiges Bild machen will, ist gut beraten, sich nicht nur auf die Mainstream-Medien zu verlassen, sondern

auch andere Informationsquellen heranzuziehen.»²⁷ Die großen Medien jedenfalls zeigten «auffällig wenig Resistenz gegen eine Ideologisierung der Außenpolitik des Westens», ergänzte er auf stern.de. «In einer voll entwickelten Demokratie erwartet man aber (...) eine gewisse kritische Distanz gegenüber Nato- und CIA-gesteuerten Informationen.»²⁸

Der Herausgeber des Handelsblatts, Gabor Steingart, befand in Sachen Ukraine-Berichterstattung: «Das Meinungsspektrum wurde auf Schießschartengröße verengt. Blätter, von denen wir eben noch dachten, sie befänden sich im Wettbewerb der Gedanken und Ideen, gehen im Gleichschritt mit den Sanktionspolitikern auf Russlands Präsidenten Putin los. (...) Westliche Politik und deutsche Medien sind eins.»²⁹

Manfred Bissinger, einst Stern-Journalist, langjähriger Chefredakteur der Zeitung Die Woche und anschließend Geschäftsführer im Hoffmann und Campe Verlag, schrieb in einem Essay, der Journalismus sei dabei, «seine Wächterfunktion aufzugeben. (...) Medien werden – oft nicht zu Unrecht – als gleichgeschaltet (ja, das ist ein schreckliches Wort) empfunden.»³⁰ Franziska Augstein, Tochter des Spiegel-Gründers Rudolf Augstein und Redakteurin der Süddeutschen Zeitung, kritisierte bereits 2005, dass es neben der «industriellen Pressekonzentration» (also der Tatsache, dass Presseerzeugnisse in der Hand von immer weniger Eigentümern liegen) noch eine zweite, eine «ideelle Pressekonzentration» gäbe: «Es handelt sich um die Selbstgleichschaltung der deutschen Presse. Das klingt auf Anhieb schrecklich, ist aber ein ganz freundlicher Prozess, der von der Öffentlichkeit unbemerkt vonstattengeht.»³¹ Auch der Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Roland Tichy, konstatierte drei Jahre später eine «freiwillig gleich-

geschaltete Presse». Er beobachtete «eine zunehmende Normierung unseres Denkens», «Vereinheitlichung der Medien» und «eine Verarmung der Recherche, der Analyse und der Meinungsvielfalt».³²

Katastrophale Umfragewerte

Ein ähnliches Gefühl haben offenbar auch viele Menschen außerhalb der Redaktionsbüros. Mittlerweile gibt es eine beachtliche Ansammlung an repräsentativen Umfragen, die Medienmachern zu denken geben sollten.

1. Für das NDR-Medienmagazin Zapp führte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Dezember 2014 eine Umfrage durch, die ergab: Nur 29 Prozent der Befragten hatten sehr großes oder großes Vertrauen in die Medien. Die «Vierte Gewalt» stand im Vergleich mit den drei staatlichen Organen Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung und Bundestag am schlechtesten da. Befragt zu drei einzelnen Medienthemen, hatten nur 33 Prozent Vertrauen in Berichte zum «Ukraine-Konflikt zwischen Russland und dem Westen», nur 42 Prozent vertrauten Berichten «zum Krieg des sog. «Islamischen Staat» in Syrien und dem Irak», und immerhin 54 Prozent hatten Vertrauen bei einem innenpolitischen Thema, dem «Lokführerstreik». Wer gegenüber der Ukraine-Berichterstattung Misstrauen hegte, bemängelte vor allem Einseitigkeit bzw. fehlende Objektivität, bewusste Fehlinformation seitens der Medien, und dass die Berichterstattung von der Politik gesteuert bzw. beeinflusst werde.³³
2. Dasselbe Institut führte im Juni 2015 eine ähnliche

Befragung für die Wochenzeitung Die Zeit durch, mit etwas besseren Ergebnissen für die Medien. Demnach hatten 39 Prozent großes bis sehr großes Vertrauen. Dass ihr Vertrauen in die politische Berichterstattung in den vergangenen Jahren gesunken sei, gaben 28 Prozent der Befragten an. Zu konkreten Medienthemen befragt, hatten nur 32 Prozent Vertrauen beim «Ukraine-Konflikt zwischen Russland und westlichen Ländern», nur 35 Prozent bei der «Schulden-Krise in Griechenland», 40 Prozent bei den «Protesten des Islam-kritischen Bündnisses (PEGIDA) in Dresden» und 48 Prozent bei der «Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer». Die Misstrauischen wurden nach ihren Gründen befragt, genannt wurden vor allem «bewusste Fehlinformation und Manipulation», «Einseitigkeit», «handwerkliche Fehlleistungen, etwa schlechte Recherchen», sowie «fehlende Unabhängigkeit».³⁴

3. Glaubt man einer im Dezember 2014 durchgeführten Befragung des Instituts YouGov für Zeit Online, haben 47 Prozent der Deutschen «den Eindruck, dass die Medien in Deutschland einseitig berichten und von der Politik gelenkt würden». Leider ist die Frage unprofessionell gestellt worden, denn sie besteht aus zwei Fragen – was soll jemand antworten, der eine einseitige Berichterstattung wahrnimmt, aber keine Lenkung seitens der Politik unterstellt? Ungeachtet dieses methodischen Mangels ist die Zustimmung zu dieser Frage beeindruckend, noch mehr, wenn man sich anschaut, wer hier «Ja» gesagt hat. Denn ein solcher Verdacht ist kein Privileg von Ungebildeten oder Abgehängten: Bei den Befragten mit Abitur und Hochschulabschluss sowie dem höchsten Monatseinkommen war die Zu-

stimmung am größten. Und: Es stimmten mehr Ostdeutsche als Westdeutsche zu.³⁵ Man könnte argwöhnen, die ehemaligen DDR-Bürger hätten noch nicht begriffen, dass die Medien in der bundesdeutschen Demokratie frei sind. Vielleicht haben sie aber auch einen besseren Riecher für das Problem, weil sie den Sound gleichgeschalteter, zentral gelenkter Medienberichterstattung noch aus eigenem Erleben kennen.

4. Eine Umfrage von Infratest dimap für den WDR im Oktober 2015 ergab zwar ein recht hohes Vertrauen in die Institutionen «Öffentlich-rechtlicher Rundfunk» und «Tageszeitungen». Aber 37 Prozent der Befragten gaben an, dass ihr Vertrauen in die deutschen Medien in den vergangenen Jahren gesunken sei. 42 Prozent glauben, «dass den deutschen Medien von Staat und Regierung vorgegeben wird, worüber sie berichten sollen», und 20 Prozent, also jeder Fünfte, würde sogar von «Lügenpresse» im Sinne der Pegida-Bewegung sprechen.³⁶
5. Einen noch höheren Anteil diesbezüglich ergab eine Umfrage des Allensbach-Instituts für die FAZ vom Dezember 2015: Dass an dem «Lügenpresse»-Vorwurf etwas dran sei – in dem Sinne, «dass die Medien angeblich nicht objektiv berichten, sondern Sachverhalte verdrehen oder bestimmte Tatsachen ganz verheimlichen» – bejahten ganze 39 Prozent der Befragten. Zwar waren 52 Prozent zufrieden mit der Medienberichterstattung generell, aber 47 Prozent gaben an, dass sie speziell die Berichterstattung über die Flüchtlingssituation nicht ausgewogen finden.³⁷

Zu wenige konkurrierende Meinungen

Das Misstrauen ist nicht ganz neu und war auch schon vor dem sichtbaren Ausbruch der großen Vertrauenskrise da. Das zeigen nicht nur die regelmäßigen Allensbach-Umfragen zum Berufsprestige (aktuell würden nur 13 Prozent der Deutschen den Journalismus zu den fünf Berufen zählen, vor denen sie am meisten Achtung haben – was niemals großartig anders war).³⁸

Schon vor Jahren deuteten zwei von Kommunikationswissenschaftlern durchgeführte Bevölkerungsbefragungen auf gravierende Defizite in der Glaubwürdigkeit der Medien hin. Eine Studie der Technischen Universität Dresden ergab, dass zum Jahreswechsel 2007/08 nur 35 Prozent aller Deutschen Vertrauen in Journalisten hatten. Vor allem die Jüngeren waren sehr misstrauisch: Unter den Nachwuchs-Mediennutzern zwischen 18 und 24 Jahren gaben nur 24 Prozent an, dieser Berufsgruppe zu vertrauen. Die Forscher fanden auch Hinweise darauf, dass das dargebotene Meinungsspektrum als zu eng empfunden wurde: «Das Publikum sieht sich erheblich unterversorgt: Die Bürger kritisieren, dass ihnen der Nachrichtenjournalismus zu wenige Hintergründe, Fakten und konkurrierende Meinungen anbietet.» Überversorgt sahen sich viele hingegen mit einer Berichterstattung, die «Emotionen und Gefühle weckt». Und: Zwei Drittel der Befragten hielten Journalisten für korrupt, weil sie «Medieninhalte nach eigenen kommerziellen Interessen und nicht nach ausschließlich journalistischen Kriterien auswählen».³⁹ Ähnliche Vorbehalte ergab eine Online-Befragung von 1000 Personen durch die Macromedia-Fachhochschule in Mün-

chen und das Marktforschungsinstitut YouGovPsychonomics: 59 Prozent unterstellten den Journalisten Beeinflussbarkeit durch die Interessen der Wirtschaft und der Politik. Dass Journalisten an einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung interessiert sind, glaubten nur 46 Prozent.⁴⁰ Besonders kritisch zeigten sich übrigens Frauen und – wieder mal – die Ostdeutschen.

Nun hat sich das Problem in den letzten Jahren aber offensichtlich verschärft. Laut dem «Globalen Korruptionsbarometer» von Transparency International nimmt die deutsche Bevölkerung die Medien sogar als zunehmend korrupt wahr. Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht korrupt) bis 5 (höchst korrupt) stieg die wahrgenommene Korruptheit der Medien zwischen 2004 und 2013 von 3,1 auf 3,6. Als korrupter gelten nur noch politische Parteien und die Privatwirtschaft; hingegen erscheint sogar, trotz aller Politikverdrossenheit und allem Lobbyismus, das Parlament integrierter.⁴¹

Die Ukraine-Krise und weitere Entwicklungen vor allem in der Asyl- und Einwanderungspolitik haben in den Jahren 2014 und 2015 deutlich hervortreten lassen, dass die Beziehung zwischen den etablierten Medien und ihren Nutzern angespannt ist. Nun bräuchte es eine Paartherapie. Einige Versuche wurden bereits aus den Redaktionen heraus gemacht, um den Ursachen der Krise auf die Spur zu kommen. Oft mündeten diese Unternehmungen aber in der Diffamierung von Kritikern oder in Rechtfertigungen, die sich an der Aggressivität von Nutzern gegenüber Journalisten abarbeiteten und sich selbst Pluralismus und Unabhängigkeit bescheinigten. Es sei das Publikum, das sich verändert habe; eine Verengung des Meinungsspektrums konnte oder wollte kaum jemand sehen. Das ist auch

nicht verwunderlich: Man kann sich und den Betrieb, in dem man steckt, schwer selbst beobachten. Der Blick von außen bleibt unabdingbar. Daher soll hier – soweit das möglich ist – von außen auf die Beziehung zwischen Medienmachern und Mediennutzern und ihre Bruchstellen geblickt werden, mit Empathie für beide Seiten, aber ohne Rücksicht auf ihre jeweiligen Interessen.